

ROSENHEIMER RUNDBRIEF, NR. 73

WEITERE THEMEN IN DIESER AUSGABE:

LOS geht weiter	2
Bundesvorstand 60 plus	2
Mehr Rechte	3
Veranstaltungen	3
Persönlich gesehen	4

Zukunftstrends Tourismus In Prien

Der Tourismus ist in unserer Region ein wichtiger Wirtschaftsfaktor, insbesondere für die Hotels, Gastronomie aber auch viele Landwirte („Urlaub auf dem Bauernhof“) und zahlreiche Privatvermieter. Doch wie können wir den Tourismus vor dem Hintergrund von Klimawandel und älter werdender Gesellschaft stärken, ohne die Umwelt zu beschädigen? Um die Zukunftstrends im Tourismus zu diskutieren, habe ich mit der SPD-Prien die stellv. Vorsitzende des Tourismusausschusses im Bundestag, Bruni Irber MdB eingeladen. Termin:

**Freitag, 23.11.2007,
18 Uhr , Yachthotel,
Harrasser Str. 49,
83209 Prien**

**Ihr seid herzlich
eingeladen!**

Die Debatte um die Agenda 2010

Für heiße Diskussionen sorgt derzeit der Vorschlag von unserem Parteivorsitzenden Kurt Beck, die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes wieder zu verlängern. Beim Bundesparteitag in Hamburg soll die Basis im Oktober darüber abstimmen. CDU und CSU verweisen dagegen auf ihren „Rüttgers-Beschluss“ zum Arbeitslosengeld, der mit vielen Haken im Kleingedruckten versehen ist. Eine Frage beschäftigt jetzt die SPD: Bedeutet der Vorschlag einen Kurswechsel der SPD?

Die Agenda 2010 hat sich - da sind sich die maßgeblichen Arbeits- und Wirtschaftsforschungsinstitute mittlerweile einig - bewährt und Deutschland wieder auf Wachstumskurs zugunsten der Menschen gebracht. So haben wir derzeit die höchste Zahl an Erwerbstätigen seit der Wiedervereinigung, die Arbeitslosigkeit sinkt beständig. Die Arbeitslosenversicherung braucht keine Milliardenzuschüsse mehr sondern erwirtschaftet Überschüsse, ein Ende der jahrzehntelangen Neuverschuldung des Staates ist in Sicht. Alle erwerbsfähigen Arbeitslosen haben heute das Recht auf Zugang zu Fördermaßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik. Früher wurden vor allem Jüngere sowie Alleinerziehende in der Sozialhilfe ohne Zukunftsperspektive abgestellt.

Nachdem Arbeitslosigkeit unter Kohl nur verwaltet wurde, gilt heute das „Fördern und Fordern“. Der Druck, eine Arbeit anzunehmen, ist erhöht worden - die Unterstützung bei der Arbeitssuche aber auch. Immer stärker entwickelt sich der Dienstleistungsgedanke bei den Arbeitsagenturen, für und mit den Arbeitslosen als Kunden passende Weiterbildung oder Stellen zu finden. Die SPD hat insbesondere mit der Zusammenlegung von Arbeitslo-

sen- und Sozialhilfe sowie dem Umbau der Bundesagentur für Arbeit wichtige aber auch harte Strukturreformen gestemmt. In der Großen Koalition haben wir das mit der „Rente mit 67“ fortgesetzt, um auf die älter werdende Gesellschaft zu reagieren.

Die Erfolge der SPD-Politik sind unbestreitbar. Schon im Wahljahr 2005 hatte das renommierte Fachblatt „Economist“ von einem Wiedererstarken Deutschlands durch die Reformen gesprochen. Dies, ebenso wie die SPD-Hinweise auf die ersten positiven Tendenzen, wurde damals aber vom Schreckenswahlkampf der Union („Deutschland am wirtschaftlichen Abgrund“) überlagert. Unser Problem heute ist: Der Aufschwung wird in der öffentlichen Wahrnehmung Kanzlerin Merkel und damit der Union zugeschrieben. Zwar haben Merkel oder die Union in der Großen Koalition beim besten Willen keine einzige Reform geprägt, mit der man den Aufschwung ernsthaft begründen könnte. Aber das merkt kaum jemand. Das Investitionsprogramm für das heimische Handwerk und Bauwirtschaft? - eine SPD-Initiative. Die Unternehmensteuerreform? - tritt erst 2008 in Kraft und wurde von Peer Steinbrück maßgebend gestaltet.weiter S.2

LOS geht weiter

Das Programm „**Lokales Kapital für soziale Zwecke**“ (LOS) ist vom Bundesfamilienministerium um bis Juni 2008 verlängert worden und soll auch in der gesamten Förderperiode des Europäischen Sozialfonds (2007 bis 2013) weiter bestehen. Damit können weiter konkret vor Ort die Eingliederungschancen von Erwerbslosen verbessert werden. Aktuell sollen z.B. in Kolbermoor Projekte wie „Bewerbungs-Coach“, „Sattelfest in der Bewerbung“ sowie ein Deutschkurs für Aussiedler bezuschusst werden.

60 plus-Bundesvorstand

Nachdem ich vor kurzem als Landesvorsitzende der SPD-AG 60 plus wiedergewählt worden bin, habe ich jetzt den Sprung in den Bundesvorstand der AG 60 plus geschafft. Beim Bundeskongress wurde ich zu einer von 6 BeisitzerInnen im 9-köpfigen Vorstand gewählt und erhielt das zweitbeste Ergebnis der 11 BewerberInnen. Ich hoffe dadurch die bayerischen Interessen der Älteren noch stärker in die Bundespartei transportieren zu können.

Fortsetzung: SPD-Debatte um Kurs

Dazu passt ins Bild: Die **Minister von CDU und CSU** sind mit Ausnahme von Familienministerin Ursula von der Leyen, die mit dem Elterngeld und dem Ausbau der Kleinkinderbetreuungsmöglichkeiten die SPD-Vorschläge teils gegen die eigene Partei durchgesetzt hat, blass geblieben. Merkel ist schlau genug, ihre Auslandsreisen nur zu unterbrechen, um den Medien die Ergebnisse der Arbeit der SPD-Minister zu präsentieren.

Wir haben aber noch ein anderes Problem: Das **soziale Profil der SPD** hat durch die Agenda 2010 gelitten, denn die Kürzungen erfolgten sofort, die Früchte dagegen werden erst allmählich – z.B. als bessere Chance auf einen Arbeitsplatz – greifbar. Gleichzeitig werden wir durch die Linkspartei angegriffen. Und das in der Regel sehr populistisch, nach dem Motto „Mehr Geld für Alle“. Wir werden uns nicht auf einen Wettlauf um die größten Geschenke einlassen. Den könnten wir nämlich nicht gewinnen: Würden wir das Arbeitslosengeld II verdoppeln, würde die Linkspartei das als sozial ungerecht beschimpfen und eine Verdreifachung fordern.

Das viel größere Problem für die SPD sind derzeit die **Angriffe von Links** seitens CDU und CSU. Den Strategen um Frau Merkel ist nicht verborgen geblieben, dass die letzte Bundestagswahl eine linke Mehrheit hervorbrachte und CDU/CSU mit ihrem neoliberalen Wahlprogramm nur knapp an einem Debakel vorbeischrämten. Seitdem arbeitet die Union daran, in der öffentlichen Wahrnehmung weiter nach Links zu rutschen. So versprach die Union u.a. vermeintliche Verbesserungen beim Arbeitslosengeld und forderte zuletzt sogar eine Erhöhung des Arbeitslosengeldes II, das sie vor kurzem noch kürzen wollte. Das Kalkül: Wenn die nach links rutschende Union der SPD Stimmen abnehmen kann, vertreibt das zwar

Stammwähler - aber zur FDP. Bei der nächsten Bundestagswahl soll es dann für eine schwarz-gelbe Regierung und Politik reichen. **Wir müssen daher die Union zwingen, Farbe zu bekennen.** Daher muss der Unionsvorschlag zum Arbeitslosengeld, der als Verlängerung für Ältere verkauft wurde, aber in Wirklichkeit bei jungen Familien und auch bei manch Älteren kürzen will, auf den Tisch und unserem Vorschlag gegenübergestellt werden. Wir wollen maximal 15 Monate Arbeitslosengeld ab dem 45. und max. 24 ab dem 50. Lebensjahr, ohne bei irgendjemandem zu kürzen. Das können wir aus Überschüssen der Bundesagentur gegenfinanzieren.

Wir müssen die Union künftig in sozialen Fragen vor uns hertreiben – so wie wir das z.B. beim Thema Mindestlohn bereits machen. Wir wollen die Verlängerung des Arbeitslosengeldes bewusst als soziale Abfederung der harten Reformen, um damit die vorhandenen Ängste der Menschen vor einem allzu schnellen Abrutschen in das Arbeitslosengeld II und die damit verbundene Existenzangst ernst zu nehmen. Daher wollen wir auch die „Rente mit 67“ noch flexibler gestalten. Das muss die SPD, um bestehen zu können. Wir stehen aber weiter zur Agenda 2010, denn mit dieser haben wir viel für das Land erreicht und vielen Menschen wieder die Chance auf Arbeit gegeben. Die härtesten Sozialreformen haben wir hinter uns. Jetzt heißt es, Wachstum durch Strukturreformen in den Bereichen Bildung, Forschung, Weiterbildung, Familien- als auch Umweltpolitik zu erreichen, die sozialen Sicherungssysteme zu sozialen Bürgerversicherungen umzubauen und den Mindestlohn durchzusetzen. **Die SPD hat hart für den Aufschwung gekämpft. Wir werden uns ihn nicht von der Union wegnehmen lassen, sondern dafür sorgen, dass er weitergeht und alle daran teilhaben.**

Lebensraum Alpen in Kiefersfelden	Tellprivatisierung der Bahn
--	------------------------------------

Rund 100 Interessierte kamen zur Veranstaltung „**Lebensraum Alpen**“ nach Kiefersfelden um über das Thema Alpenstrassenverkehr mit Staatssekretärin **Karin Roth** aus dem Bundesverkehrsministerium zu diskutieren. Das große Interesse zeigt, wie drängend Themen wie Stärkung der Bahn im Alpenstrassenverkehr, Lärmschutz, Mautausweichverkehr, PKW-Maut ab Kiefersfelden, Tanktourismus und Brennerbasis-Tunnel empfohlen werden.

Ich bedanke mich herzlich bei Euch für das zahlreiche Erscheinen und bei der SPD-Kiefersfelden mit Landratskandidat Roland Schmidt, Bürgermeisterkandidat Hans Hanusch und Stephan Helmstreit für die gelungene Zusammenarbeit. Karin Roth hat es bei uns so gut gefallen, dass sie noch im Oktober erneut in den Wahlkreis kommt, diesmal nach Raubling zu einem Gespräch mit den Kommunalpolitikern im Landkreis zum Brennerbasis-Tunnel und zur A8.

Die geplante Teilprivatisierung der Deutschen Bahn weckt bei Vielen die Sorge, dass damit Streckenstilllegungen, Preisgabe von Volksvermögen und eine Schwächung des Bahnverkehrs in Deutschland insgesamt verbunden ist. Andere sagen, dass nur durch zusätzliches Kapital die Bahn auch europaweit mithalten kann. Ich lade Euch daher zusammen mit der Rosenheimer SPD herzlich dazu ein, über den künftigen Kurs der Bahn zu diskutieren. Zur Vorstellung der bisher diskutierten Pläne ist es uns gelungen, **Martin Burkert**, den bahnpolitischen Sprecher der bayerischen SPD-Landesgruppe im Bundestag zu gewinnen. Die Veranstaltung findet statt:

Sonntag, 11.11.2007, 10.30 Uhr im Mailkeller Rosenheim

Kultur, Sport und Kinderrechte ins Grundgesetz

Die SPD-Bundestagsfraktion hat sich für die Aufnahme von Kultur und Sport als Staatsziele in das Grundgesetz ausgesprochen und will auch Kinderrechte in unserem Grundgesetz verankern. Für unsere Gesetzentwürfe werden wir jetzt bei den anderen Fraktionen im Bundestag werben. Wir wollen Kultur, Sport und Kinderrechten damit einen höheren Stellenwert in der Politik zusichern, was z.B. Folgen bei finanziellen Entscheidungen des Bundestags aber auch generell in der Gesetzgebung haben kann.

Erneuerbare Energie und Klimaschutz

Ein voller Erfolg war die Veranstaltung „**Energiewende jetzt!**“ in Feldkirchen-Westerham, für die wir den Staatssekretär aus dem Bundesumweltministerium, **Michael Müller**, gewinnen konnten. Eindrucksvoll schilderte er den rund 90 Zuhörern - eine bunte Mischung aus Bürgermeistern, Handwerkern, Landwirten, Vertretern vom Bund Naturschutz sowie interessierten Bürgerinnen und Bürgern - Ausmaß und Erwartungen hinsichtlich des Klimawandels anhand des neuen UN-Weltklimareports.

Zukunft der Landwirte als Energiewirte und die Zerstörung des Regenwaldes. Das Regionalfernsehen zeichnete die ganze Veranstaltung auf und sendete sie später komplett.

Ich bedanke mich herzlich bei Euch für das rege Interesse an der Veranstaltung sowie bei der SPD-Feldkirchen-Westerham mit Erich Passauer für die tolle Zusammenarbeit!

Um weltweite Probleme wie Überflutung, Wasserknappheit, Artensterben und Ernteausschlag zu verhindern, müsse Deutschland als auch Europa in der Welt mutig vorgehen, Energie effizienter nutzen, erneuerbare Energie stärken aber auch die Verkehrssysteme verändern und die Wälder, Böden als auch Meeressysteme schützen.

Auf den Vortrag folgte eine lebendige Diskussion, u.a. darüber, ob die Förderung der erneuerbaren Energie für die heimischen Betriebe ausreicht, über die Besteuerung von Pflanzenöl, die



Impressum:

Bürgerbüro
Angelika Graf MdB
Am Nörreut 19
83022 Rosenheim
Telefon: 08031-98230
Fax: 08031-299023
E-Mail: angelika.graf@wk.bundestag.de
Internet: www.grafspd.de

Abgeordnetenbüro
Angelika Graf MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: 030-227 77313
Fax: 030-227 76792
E-Mail: angelika.graf@bundestag.de

Für uns in Berlin:
Angelika Graf

SPD

In eigener Sache...

Liebe Genossinnen und Genossen, am 12.10.2007 haben wir zu den deutschen Afghanistanmandaten ISAF (International Security Assistance Force) und Tornados im Deutschen Bundestag abgestimmt. Wie ihr wisst, habe ich damals mit über 60 anderen Genossinnen und Genossen aus der Bundestagsfraktion gegen den Tornadoeinsatz gestimmt. Wie noch heute befürchtete ich, dass der Tornadoeinsatz der Durchführung des ISAF Einsatzes und der Arbeit der Hilfsorganisationen vor Ort schaden könnte.

Nun haben die Fraktionsspitzen von CDU/CSU und der SPD die Abstimmung über ISAF und Tornados zusammengelegt. Angesichts der breiten Kritik, die es gab, ein unschönes Vorgehen. Jeder Gegner des Tornadoeinsatzes wurde so zu einer persönlichen Abwägung gezwungen. Somit auch ich: ISAF begrüße ich sehr, weil sie aktiv beim Wiederaufbau und der Stabilisierung des Landes hilft. Dem Antrag habe ich schließlich zugestimmt (siehe auch persönliche Erklärung zur Abstimmung auf meiner Homepage.) Denn ich möchte, dass der bisher erfolgreiche ISAF-Einsatz weitergeführt wird! Es wäre unver-

antwortbar, jetzt halbfertig verrichteter Dinge wieder von dannen zu ziehen. Unser Ziel muss sein, dass der afghanische Staat in die Lage versetzt wird, die Lebenssituation der Afghanen und Afghaninnen tatsächlich selbst zu verbessern, indem er Sicherheit herstellt, Rechtsgleichheit gewährleistet und als Dienstleistungserbringer für Bildung, Infrastruktur, Gesundheitsversorgung und soziale Absicherung funktioniert.

Noch etwas: Vor kurzem habe ich der afghanischen Organisation SALAM, die traumatisierten Frauen und Kindern hilft, über die Friedrich-Ebert-Stiftung in Kabul 2.400 Euro gespendet. Das Geld haben wir mit dem Rosenheimer Verein „Gesicht zeigen“ gesammelt. SALAM verwendet es als Anschubfinanzierung für ihre noch junge Organisation. Die 30 dort beschäftigten Frauen stellen Stickwerke her, die sie selbst verkaufen und unterhalten ein Theaterprojekt. Nicht nur ein Tropfen auf einen heißen Stein! Denn mit dieser Arbeit werden sie sich und ihre Familie perspektivisch selbst ernähren können. Das macht sie stark für den Wiederaufbau ihres Landes. Allen die dabei geholfen haben: Herzlichen Dank!

MEINE WICHTIGSTEN TERMINE IM OKTOBER, NOVEMBER UND DEZEMBER 2007

21.10.	10.00	Bundesversammlung der Seliger-Gemeinde in Brannenburg
22.10.bis 26.10.		Sitzungswoche Deutscher Bundestag, Berlin
26.10.bis 28.10.		SPD-Bundesparteitag, Hamburg
29.10.	16.00	Gespräch mit Besuchergruppe aus dem Wahlkreis in Berlin
30.10.	09.00	Bürgermeistergespräch zum Brennerbasis-Tunnel in Raubling
31.10.	20.00	SPD-Stammtisch in Kolbermoor, beim Eggerl
03.11.	12.00	AsF-Landesvorstand in Nürnberg
04.11.	15.00	Renate Schmidt zur Familienpolitik in Raubling
05.11.bis 09.11.		Sitzungswoche Deutscher Bundestag, Berlin
11.11.	10.30	„Bahnreform“ mit Martin Burkert MdB in Rosenheim
12.11.bis 16.11.		Sitzungswoche Deutscher Bundestag, Berlin
19.11.	10.00	AG 60 plus Oberbayern Veranstaltung in Rosenheim
19.11.	17.00	Referat „Kinderbetreuung“ für Arbeiterwohlfahrt am Starnberger See
21.11.bis 22.11.		Bundesvorstand und Bundesausschuss AG 60 plus, Berlin
23.11.	18.00	„Zukunftstrends Tourismus“ mit Bruni Irber MdB in Prien
24.11.	10.30	SPD-Tourismusveranstaltung in Immenstadt, Betreuungswahlkreis
26.11.bis 30.11.		Sitzungswoche Deutscher Bundestag, Berlin
06.12.	12.00	Pflegekonferenz der BayernSPD in Nürnberg
10.12.bis 14.12.		Sitzungswoche Deutscher Bundestag, Berlin
15.12.	15.00	Weihnachtsfeier SPD-Rosenheim + AWO in Rosenheim